

Finstere Drohungen Erdogans

Um seine Haut zu retten, scheint dem türkischen Regierungschef jedes Mittel recht zu sein

Der türkische Ministerpräsident Erdogan erwägt drastische Schritte, um die immer neuen Enthüllungen über sein Machtgebaren zu unterbinden. Neben einem Verbot von Facebook und Youtube droht er mit Prozessen gegen die Anhänger Gülens.

Inga Rogg, Istanbul

Es ist eine ungewöhnliche Rolle für den türkischen Regierungschef Erdogan. Täglich tritt er an mindestens einer Wahlkampfveranstaltung auf, um für seine Partei und seinen Kandidaten zu werben. Aber erstmals seit Jahren ist es nicht er, der das Thema und den Takt vorgibt. Vielmehr sind es anonyme Whistleblower. Sie veröffentlichen fast täglich neue angebliche Telefonmitschnitte Erdogans mit Vertretern der Politik, der Wirtschaft und der Medien.

Kampf gegen Windmühlen

Um die Enthüllungen zu unterbinden, erwägt Erdogan nach den Kommunalwahlen am 30. März ein Verbot von Youtube und Facebook. In einem am späten Donnerstagabend ausgestrahlten Fernsehinterview sagt er, die Internetportale würden von seinen Gegnern benutzt, um «Sittenlosigkeit, Bespitzelung und Spionage» zu betreiben. «Wir werden unsere Nation nicht schutzlos Youtube oder Facebook überlassen», sagte Erdogan in dem Interview mit ATV. Die Regierung werde mit äusserster Härte dagegen vorgehen. Auf die Frage, ob er auch eine Sperrung der Websites erwäge, sagte Erdogan: «Ja, Schliessung eingeschlossen.»

Der türkische Staatspräsident Abdullah Gül versuchte am Freitag, die Wogen zu glätten. Eine Sperrung stehe nicht zur Diskussion, sagte Gül gegenüber Journalisten. Dabei verwies er darauf dass es mit dem neuen Internetgesetz möglich ist, Inhalte von Websites zu sperren, wenn dadurch Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Gül hat sich mit der Ratifizierung des trotz seinen Einwänden nur leicht modifizierten Gesetzes viel Kritik eingehandelt, weil es der Regierung die Tür zur Sperrung von missliebigen Online-Inhalten öffnet.

Dass Erdogan kein grosser Freund von sozialen Netzwerken ist, hat er während der Gezi Proteste im letzten Jahr klargemacht, als er Twitter eine «Plage» nannte. Youtube war zwischen 2007 und 2010 schon einmal verboten, damals allerdings wegen angeblicher Beleidigung des Republikgründers Mustafa Kemal Atatürk.

Erdogan behauptet, seine Regierung sei das Opfer einer weltweiten

Verschwörung. Als Hauptdrahtzieher hat er den Prediger Fethullah Gülen ausgemacht, der in Pennsylvania lebt. Gülen-Anhänger sollen auch im grossen Stil nicht nur Erdogan und die Regierung, sondern auch unbescholtene Bürger abgehört haben. Laut Erdogan waren die Korruptionsermittlungen nur der jüngste Schachzug der Gülenisten. In der vergangenen Woche behaupteten regierungsnahe Medien, der Lauschangriff betreffe 7000 Personen. Glaubt man der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu, war das eine gewaltige Untertreibung. In den letzten zwei Jahren seien 509 516 Personen abgehört worden, berichtete Anadolu unter Berufung auf die staatliche Aufsichtsbehörde für Telekommunikation.

Dass die Gülen-Anhänger im Staatsapparat und vor allem im Justiz- und Polizeiapparat stark präsent sind, bezweifelt in der Türkei kaum jemand, zumal Erdogan für den Aufstieg der Frommen im Staatsdienst gesorgt hat. Überraschend aber ist, dass sie so gut organisiert sind und über Jahre Daten sammeln konnten, ohne dass die Regierung es merkte. Erdogan hat in den letzten Tagen mehrmals angedeutet, dass er nach den Kommunalwahlen zum grossen Schlag gegen den «Parallelstaat», wie er die Gülenisten nennt, ausholen will. Er drohte mit Prozessen.

Bild eines Machtmenschen

Dabei schloss der Regierungschef auch ein Verfahren gegen Gülen selbst nicht aus. Sollte es eine rechtliche Grundlage geben, sei es durchaus möglich, dass die Regierung über Interpol einen Haftbefehl erwirken werde, sagte Erdogan. Sein Ansehen kann der Regierungschef damit jedoch kaum retten. In den Audiomitschnitten erscheint er als Machtmensch, der sich in die Vergabe grosser Aufträge, in die Rechtsprechung und die Berichterstattung einmischt. Drei Mitschnitte hat er als echt bezeichnet. Viele fragen sich, warum die anderen nicht ebenfalls echt sein sollten.